

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1922

12.5.1922 (No. 110)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 253
und 254
Postkontor
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich:
Hauptredakteur
E. U. e. n. b.
Druck
und Verlag:
G. Brunsche
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 63 A — Einzelnummer 1.— A — Anzeigengebühr: 1.30 A für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antizipierte Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, zwangsweiser Beitreibung und Kontourverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Kupferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschänktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abstellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Deutschlands Außenhandelsbilanz.

Man schreibt uns:
Als im Dezember vorigen Jahres sich die bisherige Passivität der deutschen Handelsbilanz vorübergehend in ein aktives Stadium verwandelt, glaubten Optimisten aus diesem bescheidenen Aktivismus, das noch während der nächsten beiden Monate anhielt, Schlüsse auf die beginnende Gesundung der deutschen Volkswirtschaft ziehen zu dürfen. Der Einblick in den Ablauf der wirtschaftlichen Geschäftstätigkeit hatte, wie sie sich unter dem Zwang der deutschen Reparationsverpflichtungen gestaltet haben, konnte diesen Optimismus nicht teilen. Die Tatsachen gaben dieser Auffassung Recht. Unsere Handelsbilanz, die vom Dezember bis zum Februar aktiv war, ist im März wieder passiv geworden, und alle Anzeichen deuten darauf hin, daß dieser Prozeß in Zukunft Fortschritte machen wird.

Wer diese für die Entwicklung der deutschen Wirtschaft außerordentlich wichtigen Vorgänge richtig verstehen will, wird gut tun, einen Blick auf die Ergebnisse des deutschen Außenhandels während der letzten Monate zu werfen. Im August vorigen Jahres übertraf der Wert der Einfuhr den der Ausfuhr um 2,7 Milliarden, im September um 3,1, im Oktober um 4,1 Milliarden Mark. Dann aber trat ein Umschwung ein. Im November belief sich der Einfuhrüberschuß nur noch auf 366 Millionen Mark, und im Dezember wurde aus der passiven eine aktive Handelsbilanz: der Wert der Ausfuhr überstieg den der Einfuhr um 766,2, im Januar 1922 um 1.761 Millionen Mark, im Februar um mehr als 2.500 Millionen Mark.

So erfreulich an sich die Ergebnisse dieser drei Monate waren, so begründet die Genugtuung über die vorübergehende Stabilisierung des Marktkurses war (der Dollar verkehrte auf 190—200), so sehr minderte doch die Erkenntnis der wirklichen Ursachen alle an diese Vorgänge geknüpften Hoffnungen auf ein Minimum herab. Denn die Aktivität jener drei Monate konnte nur mit einer außerordentlich starken Einschränkung unserer Einfuhr von Rohstoffen und Lebensmitteln erlangt werden, einer Einschränkung, die einer gefährlichen Erschöpfung unserer Rohstoffvorräte im Effekt gleichkam und die Produktionsfähigkeit der deutschen Industrie bereits zu lähmen begann. Im Februar und März sah man sich gezwungen, die leer gewordenen Lager wieder aufzufüllen. Auch die Einfuhr von Nahrungsmitteln und Genussmitteln, die im Januar 1922 gegenüber dem Dezember vorigen Jahres um fast 1 Million Doppelzentner zurückgegangen war, ist leider nicht auf dieser niedrigen Höhe zu halten, so sehr dies angesichts des schlechten Standes unserer Währung wünschenswert wäre. Es war nicht damit zu rechnen, daß wir in den folgenden Monaten mit einer gleich geringen Nahrungsmittel-einfuhr auskommen könnten. Im Gegenteil, da die inländischen Nahrungsmittelvorräte den Bedarf bei weitem nicht zu decken vermögen und dieses Mißverhältnis bis zur neuen Ernte von Monat zu Monat stärker wird, hat sich die verstärkte Einfuhr ausländischer Erzeugnisse als unumgänglich notwendig erwiesen. Auch dieser Umstand muß auf die Handelsbilanz in der Richtung der Passivität wirken. Zu beachten ist ferner, daß von Oktober 1921 bis Januar 1922 die Ausfuhrmenge nicht viel gestiegen ist, der Wert der ausgeführten Waren sich aber verdoppelt hat, und daß sich nur so die Remanenz des Einfuhrüberschusses von 4,1 Milliarden Mark vom Oktober in einen Ausfuhrüberschuß von 1,76 Milliarden Mark im Januar erklärt. Umgekehrt blieb der Wert der Einfuhr in dieser Zeitperiode annähernd der gleiche, während die Menge der Einfuhr von 30 Millionen Doppelzentner auf 21 Millionen im Dezember und auf 23 Millionen Doppelzentner im Januar sank.

Mit dem soeben bekanntgewordenen Märzergebnis — in diesem Monat war ein Einfuhrüberschuß von 1,8 Milliarden Mark zu verzeichnen — ist der deutsche Außenhandel zu seiner früheren Passivität zurückgekehrt, und alle Anzeichen weisen darauf hin, daß, wie es unter dem Druck der Reparationsverpflichtungen nicht anders sein kann, die deutsche Handelsbilanz in der nächsten Zeit in diesem Stadium der Passivität verharren wird. Die deutsche Industrie braucht, wenn sie arbeitsfähig bleiben soll, die Einfuhr von Rohstoffen, und so erklärt es sich, daß diese Einfuhr im März dieses Jahres um 8,3 Millionen Doppelzentner im Wert von 5,4 Milliarden Mark gegenüber Februar, die der Halbfabrikate um 1,0 Millionen Doppelzentner im Wert von 1,2 Milliarden Mark gestiegen ist. An dieser Steigerung sind vornehmlich Kohlen, Eisenerz, tierische und pflanzliche Spinnstoffe, Wolle, Häute und Felle, sowie Holz, Kupfer, Blei, Zinn und Nickel beteiligt. Auch die Einfuhr von Lebensmitteln weist

im ganzen ebenfalls eine erhebliche Steigerung auf, mit Ausnahme von Brotgetreide, wovon im März eine geringere Menge als im Vormonat eingeführt wurde.

Politische Neuigkeiten. Die Konferenz von Genua.

Die russische Antwort.

Die von Tschitschewin dem italienischen Außenminister Schanzer am Mittwoch vertraulich zugestellte Einleitung und politische Begründung der russischen Antwort auf das Memorandum der Alliierten hat nach italienischen Blättern folgenden Wortlaut:
Bevor die Sowjetdelegation an die Prüfung der einzelnen Klauseln des Memorandums herantritt, sieht sie sich zu ihrem lebhaften Bedauern verpflichtet, festzustellen, daß dieses Memorandum, ohne die erwartete gerechte Lösung der russischen Frage zu bringen in jeder Hinsicht einen Rückschritt gegenüber den Bedingungen bedeutet, die Rußland am 20. April in der Villa Alberti und im Londoner Memorandum gemacht wurden. Gleichzeitig bedeutet der Inhalt des Memorandums vom 2. Mai eine ansehnliche Abweichung von den Beschlüssen von Genua. Die einladenden Mächte haben die Einladung Rußlands mit der Notwendigkeit begründet, dem europäischen System seine jetzt gelähmte Lebensfähigkeit zurückzugeben. Das Mittel zu diesem Zweck sollte der Wiederaufbau Mittel- und Osteuropas sein.

Nach allgemeiner Ansicht ist gerade Rußland der Staat, dessen wirtschaftlicher Wiederaufbau das größte Interesse für Europa und die ganze Welt bietet. Schon in ihrem ersten Memorandum als Antwort auf jenes von London hatte die russische Delegation die Aufmerksamkeit der Welt auf die Tatsache gelenkt, daß der Wiederaufbau Rußlands die Grundlage ihrer Beratung werden sollte. Die russische Delegation erklärte sich ihrerseits bereit, im Verein mit den anderen Mächten das Hauptproblem zu erörtern, der Selbstindustrie 140 Millionen Konsumgüter und ungeheure Rohstoffmengen zuzuführen, um zur Verminderung der Arbeitslosigkeit und Not beizutragen, die durch den Weltkrieg und die Wiederaufbauarbeiten entstanden sind. Gemäß der Einladung von Genua ist die russische Delegation mit einer Reihe von Entwürfen und Vorschlägen über die von Rußland benötigten Kredite und Anleihen gegen staatliche Garantien nach Genua gekommen. Sie brachte auch die Aufzählung der schon in der russischen Gesetzgebung bewirkten rechtlichen Garantien mit, um den Ausländern, die ihre technischen Kenntnisse und Kapitalien nach Rußland bringen wollen, die Achtung ihrer Rechte und Güter sowie die Gewinne ihrer Unternehmungen zu sichern. Endlich beabsichtigt die russische Delegation eine Liste von Konzeptionen in der Bergbauindustrie, in der Landwirtschaft und anderen Unternehmen vorzubringen, die sie den Ausländern gewähren will. Bis jetzt ist aber die wichtigste Angelegenheit der russischen Frage, die des wirtschaftlichen Problems der Welt noch nicht einmal gestreift worden. Die Bemühungen der russischen Delegation, diese Frage auch vor das für die Prüfung der russischen Frage bezeichnete Sachverständigenkomitee zu bringen, ist auf unüberwindlichen Widerstand gestoßen.

Der Sachverständigenauschuß stellte als Vorbedingung jeder Prüfung dieser Frage die Verpflichtung Rußlands, die Staatsschulden und die Privatforderungen zu übernehmen. Dieses Verlangen mußte den wichtigsten Teil der Konferenzarbeit zur Fruchtlosigkeit verurteilen. Statt mit der Prüfung der Seite des russischen Problems zu beginnen, die am wenigsten Streitigkeiten hervorgerufen hätte, haben die Sachverständigen sowie das Memorandum vom 2. Mai die Fragen in den Vordergrund gerückt, die durch ihren politischen und juristischen Charakter die heftigste Diskussion hervorgerufen hätten. Infolge dieser Grundfehler sind die die ganze Welt interessierenden Zukunftsprobleme den Interessen der Vergangenheit untergeordnet worden, die nur gewisse Gruppen von Ausländern angehen. Die Behauptung, die Anerkennung der Schulden der ehemaligen russischen Regierungen und der Privatforderungen sei Vorbedingung für die Mitwirkung fremden Kapitals zur Hebung des neuen Rußlands, steht im Widerspruch zur Tatsache, daß viele fremde Kapitalisten nicht die Regelung der Schuldenfrage abgewartet haben, um Rußland ihre Mitwirkung zu bringen. Es ist nicht die eine oder die andere Lösung dieser Frage, die Kapitalien nach Rußland bringen kann, sondern es sind die Garantien, die die russische Regierung für die Zukunft bietet und die internationale Festhaltung dieser Regierung, die ihrer Anerkennung de jure entspringen wird.

Der Verdacht, den man auf die Haltung der russischen Regierung gegenüber den künftigen Gläubigern Rußlands zu werfen sucht, weil sie nicht mit geschlossenen Augen Vorschläge von so großer Bedeutung unterschreiben will, kann die Haltung des aus der Revolution hervorgegangenen Sowjetrußlands durchaus nicht benachteiligen gegenüber jenen, die mit ihren Kapitalien und technischen Kenntnissen die Aufrichtung Sowjetrußlands unterstützen möchten. Demgegenüber beweist die Tatsache, daß die russische Delegation in der Frage der Schuldenerregung den Interessen des russischen Volkes und den wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes ernstlich Rechnung trägt, daß sie nur jene Verpflichtungen eingehen will, die Rußland einhalten kann.

Es ist zu bemerken, daß mehr als einer der an der Konferenz teilnehmenden Staaten in der Vergangenheit die einmündigen Schulden und Verpflichtungen verworfen hat. Mehr als ein Staat hat die Güter der Ausländer beschlagnahmt und einbezogen, ohne, daß sie deswegen Gegenstand eines Scherbengerichts geworden wären, das man auf Rußland anwenden will. Die Beharrlichkeit einiger Mächte, Rußland von poli-

tischen und wirtschaftlichen Leben auszuschließen, und ihm die Gleichberechtigung zu verweigern, erklärt sich mit der Nichtbefriedigung einiger finanzieller Forderungen. Wenn man erwägt, was die Zerrüttung der Weltwirtschaft gestiftet hat, von den Vereinigten Staaten, bei denen sie begann, bis zu Rußland selbst, das seit fünf Jahren unter ihren schädlichen Folgen leidet, so wird man schwerlich zum Schlusse kommen, daß hier nur gewisse Interessen der Inhaber von Anleihen und verstaatlichten Gütern auf dem Spiele stehen. Die Zwischenfälle der letzten Tage, besonders hinsichtlich der Rückgabe der verstaatlichten Güter an ihre ehemaligen Besitzer, beweisen klar, daß man aus der rein materiellen Frage eine politische gemacht hat.

Der in Genua eröffnete Kampf um die russische Freiheit geht weiter und höher. Die politische und soziale Reaktion, die in den meisten Ländern auf die Kriegsjahre gefolgt ist, sucht in der Niederlage Sowjetrußlands, das in seiner Geschäftsvorrichtung die Strömung der Gemeinschaftlichkeit vertritt, den vollständigen Sieg des politischen Individualismus. Die Sowjetdelegation hat sich geweigert, und weigert sich noch, eine politische Tendenz in die Unterhandlungen zu bringen. Aber sie muß feststellen, daß dieser Versuch in Genua, dem Programm einer Partei oder eines sozialen Systems zum Siege zu verhelfen, dem Geiste und Buchstaben des ersten Beschlusses von Genua widerspricht. Wenn die Arbeiten der Konferenz bedroht werden, wird die ganze Verantwortung dafür auf jene Mächte fallen, die sich einer allgemeinen Verständigung widersetzen, indem sie die Interessen einiger Gruppen über die gemeinsamen Interessen Europas stellen.

Nach dieser Einleitung schreibt die russische Antwort zur Prüfung des Vorwortes des Memorandums der Alliierten und behandelt dann die einzelnen Klauseln.

Eine Rede des englischen Schatzkanzlers.

Schatzkanzler Sir Robert Horne nahm in einer Rede auf dem Jahresessen des britischen Bankierverbandes zu der Frage der Reparationen und der alliierten Schulden Stellung und sagte, man könne sich nicht der Tatsache verschließen, daß die Welt sich in einer sehr schwierigen Lage befinde. In England betrage die Zahl der Arbeitslosen zwei Millionen. Ein Fortdauern dieses Zustandes für allzu lange Zeit bedeute möglicherweise eine Gefahr für die Sicherheit des Staates. Der Mittelpunkt Europas befinde sich mehr wie vor dem Kriege in großer industrieller Tätigkeit. Viele Länder, von denen Großbritannien bei seinem Handel abhänge, seien in einem unruhigen Zustande, und auf diese Verhältnisse seien viele Probleme zurückzuführen, unter denen man augenblicklich leide. Die Zusammenkunft in Genua habe sich in den letzten Wochen dem Versuch gewidmet, die Hauptschwierigkeiten zu lösen, die Europa heimsuchten, namentlich die unruhigen, fast kriegerischen Verhältnisse, die noch im Mittelpunkt Europas bestanden. Bevor man nicht für friedliche Verhältnisse in Europa Gewähr leiste, könne das Wiederaufleben des Handels, auf das wir alle hoffen, nicht einsetzen. Der Kampf, den die britische Delegation in Genua geführt habe, bezwecke die Herbeiführung einer Änderung der Dinge, unter der die Menschen imstande seien, sich friedlichen Berufen zu widmen, die den Ländern Reichtum und Wohlstand bringen werden. Ein Ding, das das Herz der Engländer erfreue, sei, daß auf allen Konferenzen die Macht, das Prestige und die Autorität Großbritanniens sofort die beherrschenden Faktoren der Lage seien. Bezugnehmend auf den Bericht der Finanzkommission in Genua erklärte Horne, es sei klar, daß, solange keine Gewißheit bezüglich der Reparationen geschaffen werde, es unmöglich sei, eine Lage der Dinge zu ändern zu bringen, in der die Weltkurse stabil werden. Niemand habe auf diese Tatsache deutlicher hingewiesen, als der frühere englische Schatzkanzler Mac Kenna. Dieser Faktor sei natürlich von großer Bedeutung. Bevor man nicht einen endgültigen Beschluß bezüglich des genauen Betrages erziele, den Deutschland zahlen müsse, werde man niemals eine wirkliche Lösung der Schwierigkeiten finden, in denen man sich befinde, soweit der europäische Handel in Betracht komme. Dies hänge aber bis zu einem gewissen Grade von einem anderen Faktor ab, nämlich der Lösung des Problems der internationalen Schulden und zwar aus dem Grunde, weil die Reparationsrechnung, die ursprünglich Deutschland vorgelegt wurde, eine große Summe einschließe, die eine jede Nation gezwungen war, auf ihre Schultern zu nehmen, um ihren Verpflichtungen im Kriege nachzukommen. Horne glaubt, Recht zu haben, wenn er sage, daß die Hälfte der Deutschland vorgelegten Rechnungen, die aufgestellt seien, das Ergebnis der Londoner Zusammenkunft sei. Die Hälfte dieser Rechnungen setze sich aus Schulden zusammen, die sich die Alliierten untereinander schulden. Wenn man sich daher mit der Reparationsfrage befassen wolle, so werde man nicht sehr weit kommen, bevor man das Problem der interalliierten Schulden nicht in Angriff nehme.

Horne sagte weiter, er sehe der Konferenz, die in London stattfinden werde, mit großen Hoffnungen entgegen. Er glaube nicht mehr an den Wert der Behandlung geschäftlicher Angelegenheiten durch die Regierungen. Je weniger sich eine Regierung in das Geschäftsleben einmische, umso besser sei es für das Geschäft. Es sei zu wünschen, daß eine Zusammenkunft der Zentralbanken ohne Kontrolle der Regierungen dieses Problem behandle. Es sei sicher, daß sie durch Zusammenwirken viel mehr erreichen könne, als es augenblicklich den Anschein habe, und er sehe mit den größten Hoffnungen dem Ergebnis entgegen, das diese Konferenz, die hoffentlich im Monat Juni einberufen werde, zeitigen könne. Horne erklärte zum Schluß, wenn diese zu nichts führe, obgleich er hoffe, daß sie zu vielem führen werde, so werde sie doch etwas dazu beitragen, daß die unglückliche Lage, in der sich Europa heute befinde, erleichtert werde und daß sie etwas für den Fortschritt der Menschheit zu Stande bringen werde.

Ludendorff und das Vaterland.

Ludendorff veröffentlicht in einem Londoner Sonntagsblatt, dem „Sunday Pictorial“, der zur Northcliffe-Presse gehört, einen Artikel über die innere Lage Deutschlands. Die Schuld an der gegenwärtigen Not schreibt er in erster Linie der Sozialdemokratie zu; auch die Demokraten und das Zentrum seien vorwiegend international. Die Merkmale der deutschen Demokratie seien Korruption und Bestechung. Das gegenwärtige System führe Deutschland zur Anarchie oder zur Reaktion. Das Londoner Blatt kündigt an, daß es noch einen zweiten Artikel Ludendorffs bringen werde, der einem Vertreter des „Sunday Pictorial“ auch gesagt hat, der Geist des deutschen Volkes habe die Niederlage im Kriege verursacht.

Ungefähr zur selben Zeit, als diese Schmähungen Ludendorffs gegen Deutschland und das deutsche Volk in einem Blatte des Lord Northcliffe erschienen, der heute noch ein Feind Deutschlands ist, interviewte ein Hamburger den ehemaligen Zaren-general Rennenkampf. Auf die Frage, ob viele zaristische Offiziere in der Sowjetarmee dienen, antwortete er, daß nicht nur wirtschaftliche Gründe maßgebend gewesen seien: „Wir stellen unsere Vaterlandsliebe über jede politische Ansicht, und wir konnten das um so leichter tun, als die Rote Armee noch niemals dazu verwendet worden ist und auch niemals dazu benutzt werden wird, die gegenwärtige Staatsform mit Gewalt auf andere Länder auszubreiten, sondern nur dazu dient, den Besitzstand Rußlands zu verteidigen. Die Außenpolitik der Sowjetregierung ist eine durch und durch nationale, die von jedem Russen, auch den zaristisch gesinnten, unterstützt wird.“ — Die „Frankfurter Zeitung“ macht hierzu die folgenden treffenden Bemerkungen:

Dieser Russe äußert sich zu einem Deutschen über sein Vaterland, das in Genua einen schweren Kampf kämpft, mit volstem Eifer. Aber Deutschland, das sich in derselben Lage befindet, schüttet Ludendorff vor Engländern und zwar vor überwundenen Engländern, einen Kübel Schmutz aus. Auf seine törichtesten Urteile gehen wir gar nicht ein. Wir stellen nur fest: Das sind die Leute, die anderen „nationale Würde“ lehren wollen.

Ein Urteil im Prozeß Fehenbach.

In dem Verleumdungsprozeß des früheren Privatsekretärs Eisners, Felix Fehenbach, gegen den Herausgeber der jüdischen Monatshefte, Prof. Cohnmann, den Hauptredakteur der „Münchener Neuesten Nachrichten“, Emanuel Müller, den Schriftleiter des „Bayerischen Kuriers“, Osterhuber, und den Schriftleiter des „Bayerischen Vaterlandes“, Dr. Nagelmaier, wurden durch Urteil des Schöffengericht am Amtsgericht München die ersten drei Beklagten von der Anklage des Vergehens der üblen Nachrede freigesprochen, während Dr. Nagelmaier, bei dem das Gericht die Absicht einer Verleumdung als erwiesen erachtet, zu einer Geldstrafe von 500 Mark bzw. 10 Tage Gefängnis verurteilt wurde. Der Privatsekretär Fehenbach hat die Kosten des Verfahrens gegen die Angeklagten Cohnmann, Müller und Osterhuber zu tragen, während Dr. Nagelmaier die Kosten des Verfahrens gegen sich zu übernehmen hat.

In der Urteilsbegründung wird hervorgehoben, daß die Veröffentlichung Eisners als eine Fälschung im wahren Sinne des Wortes zu betrachten seien. Den Beklagten sei die Wahrnehmung berechtigter Interessen zugebilligt, insofern, als das Friedensbildnis von Versailles jeden Deutschen treffe. Jeder Deutsche habe deshalb das Recht, nach Maßgabe seiner Fähigkeiten zu versuchen, auf eine Änderung des Vertrages hinzuwirken. Dazu gehöre die Entkräftung von unrichtigen Veröffentlichungen, die mit als Grundlage des Schuldpruches von unseren Gegnern verwendet wurden.

Deutscher Reichstag.

Der Reichstag setzte gestern die zweite Lesung des Haushalts des Reichsverkehrsministeriums fort. Zunächst sprach Abg. Dr. Ducas (D. Rp.), er erklärte, den Optimismus des Ministers nicht teilen zu können. Dann nahm Reichsverkehrsminister Gröner das Wort. Er sicherte zunächst für die Zu-

kunft eine schnellere und regelmäßige Erstattung des Geschäftsberichts zu und betonte, daß er sich von seinem Optimismus nicht abbringen lassen werde und daß er das feste Vertrauen zum Personal und zu seinen Mitarbeitern habe, daß die Eisenbahnverwaltung wieder vorwärts kommen werde. Zweifellos sei der jetzige Eisenbahnapparat nicht imstande, dem Balutagüterverkehr zu genügen. Industrie und Handel sollten sich aber nicht der Eisenbahnverwaltung als Gegner gegenüberstellen, sondern sich gemeinsam mit ihr bemühen, den Überstand zu beseitigen, wie das beispielsweise die Hamburger Kaufmannschaft in dankenswerter Weise getan habe. Das Defizit von 1920 in Höhe von 15,8 Milliarden Mark drücke noch heute auf unsere Verwaltung. Als das Defizit schon auf etwa 6 Milliarden herabgemindert war, kam die neue Balutawelle und ließ es wieder auf 11 Milliarden steigen. Das laufende Jahr werde aber wesentlich günstiger abschließen. So lange aber Gehälter, Löhne und Materialpreise das Ergebnis der Eisenbahn weiter als Schraube ohne Ende beeinflussten, sei eine ruhige Entwicklung nicht möglich. Der Minister geht sodann auf die Personalpolitik ein und meint, daß diese in erster Linie von der Wohnungsfrage abhängen. Im übrigen müsse der Grundsatz: „Dem Tüchtigen freie Bahn“ ohne Rücksicht auf das Dienstalter maßgebend sein. Wenn Ministerialratsstellen gestrichen würden, so würden darunter wieder die Techniker leiden, die für die Elektrifizierung der Bahn dringend gebraucht würden.

Eine Übernahme der Mitropa und der Reisebüros auf die Reichseisenbahnverwaltung ist noch nicht denkbar. Die Verhandlungen mit den Gewerkschaften über die Dienst- und Ruhezeit dürften in diesen Tagen zu einem befriedigenden Abschluß kommen. Was das Streikrecht anbelangt, so seien die Beamten noch kurz vor dem Eisenbahnstreik darauf hingewiesen worden, daß ein solches ihnen nicht zustehe. Die für die Disziplinierung der am Streik beteiligt gewesenen Beamten herausgegebenen Richtlinien würden lokal gehandhabt. Neue Verfahren seien schon seit Wochen nicht eingeleitet worden, abgesehen von einigen besonders schweren Fällen. 106 Fälle seien auf dem Disziplinarwege erledigt worden, weitere 40—50 Fälle seien noch in der Schwebe, und 68 Kündigungen seien ausgesprochen. Diese geringen Zahlen fiel bei etwa 100 000 am Streik beteiligten Beamten kaum ins Gewicht. Bei den Beförderungen kämen allerdings die Disziplinierten nicht in Frage. Im übrigen werde der Streik von der Verwaltung als etwas Vergangenes angesehen, um das Vertrauen zwischen Beamtschaft und Verwaltung wieder herzustellen.

Abg. Wieland (Dem.): Die Eisenbahnen müssen wieder zum Rückgrat unserer Finanzen werden. Die Ausschufsanträge bewegen sich in dieser Richtung. Das Arbeitszeitgesetz muß die bestehenden Mißstände beseitigen. Es geht nicht länger an, daß die Norddeutschen weniger arbeiten als die Süddeutschen. Andererseits darf gegen die am Streik beteiligten Beamten keine Nadelstichpolitik getrieben werden. Wie steht es mit der Wagenstellung, vor allem mit der Verjüngung Süddeutschlands? Jedenfalls müßte die Tarifpolitik in engerer Fühlung mit den privatwirtschaftlichen Kreisen, besonders Süddeutschlands, geführt werden. Gemischtwirtschaftliche Betriebe wären auch für die Reichsbahn die geeignete Betriebsform.

Verkehrsminister Gröner: Das Gutachten des Reichsverbandes der Industrie schätzt den Personalbedarf zu niedrig ein, wir sind aber bemüht, das Personal auf das notwendige Maß zu vermindern. Die Kohlenverjüngung soll und muß sichergestellt werden. Über die Schwierigkeiten der Wagenstellung sind wir jetzt hinaus. Jetzt müssen auch die Gruben mit allen Kräften fördern. Hallenbestände sammeln sich nicht allein wegen Mangels an, sondern es müssen auch die Arbeitskräfte zum Verladen vorhanden sein. Seit dem 1. April sind die Hallenbestände auch wesentlich zurückgegangen. Die Kriegsschäden an den Lokomotiven werden bis zum 1. April 1923 vollständig beseitigt sein. In der Frage der Tarifpolitik wird der neue Reichseisenbahnarbeit seine Bezüge am 1. Juli aufnehmen. Die auf Niedrighaltung der Personalstärke gerichteten Wünsche werde ich wohlwollend prüfen. Für bestimmte begrenzte Aufgaben bin auch ich ein Freund gemischtwirtschaftlicher Unternehmungen, wie weit das aber auf die Reichseisenbahn Anwendung finden kann, bleibt sehr zu überlegen.

Abg. Aufhäuser (Unabh.) meint, der Reichsverband der Industrie arbeite still aber wirksam an der Überführung der Bahnen in den Privatbesitz. Die Sozialisationskommission habe den richtigen Weg zur Entbürokratisierung der Eisenbahnen gezeigt. Erst wenn die Möglichkeiten in den staatlichen Besitz übergeführt worden sind, würden die Eisenbahnen die Entlastung abwerfen, deren wir bedürfen. Aufhäuser schließt seine mehr als zweifelhafte Ausführungen mit einer Warnung an den

Minister, die Führer der Gewerkschaften zu maßregeln. Abg. Bauer (Bayer. Rp.) wendet sich gegen die Zentralfürsorge des Beschaffungswesens für die Eisenbahnen. Abg. Beerz (Komm.) richtet heftige Angriffe gegen die Verwaltung wegen der Maßregelung der am Streik beteiligten Eisenbahner und gegen das Arbeitszeitgesetz. Damit schließt die allgemeine Aussprache. Heute mittag 1 Uhr: Einzelberatung und Anfragen.

Die neuen Gehaltserhöhungen.

Der Hauptausschuß des Reichstages beriet gestern das Gehalts- und die neuen Gehaltserhöhungen. Angenommen wurde die Regierungsvorlage. Danach beträgt der Teuerungszuschlag zu den Bezügen der planmäßigen und außerplanmäßigen Reichsbeamten:

a. Vom 1. bis 30. April 1922 zum Grundgehalt, den Diäten und dem Ortszuschlag, soweit diese Bezüge den Betrag von insgesamt 10 000 M. nicht übersteigen, 60 Prozent, im übrigen 80 Prozent.

b. Vom 1. Mai 1922 ab zum Grundgehalt, den Diäten und dem Ortszuschlag, soweit diese Bezüge den Betrag von insgesamt 10 000 M. nicht übersteigen, 120 Prozent, im übrigen 65 Prozent.

Außerdem zu den Kinderzuschlägen 65 Prozent. Eingefügt wurde ein Paragraph, der bestimmt, daß die Dienstzulagen an Ministerialräte für die Führung von Dirigenzgeschäften und an Offiziere in gleichen Stellungen der Reichswehr vom 1. Mai 1922 ab 16 500 M. jährlich betragen sollen. Davon sollen 6500 Mark nicht pensionsfähig sein. — Ministerialdirektor v. Schlieffen erklärte nach Annahme der Regierungsvorlage, daß nunmehr die Klassen sofort angewiesen werden, den Beamten die Erhöhungen auszusahlen.

Zeugnisse und Tatsachen für den Achtstundentag.

Aus der nächsten Ausgabe der Heftfolge „Die Wirtschaftskurve“ kann die „Frankf. Ztg.“ bereits Auszüge über die Entwicklung der Arbeitsleistung bringen. Das Ergebnis von Anfragen bei industriellen Werken wird da wie folgt wiedergegeben:

In einem großen chemischen Werk wurden verschiedene Betriebe erfragt über die Veränderung der Arbeitsleistung untersucht, und zwar in sehr detaillierter sorgfältiger Weise. Die Ergebnisse sind wie folgt:

Stundenleistung	1910/14	1919	1920	1921	Ja/Jahr 1922
1) Kuferei u. Schreinererei	100	94	95	102	120
2) Dreherei	100	51	86	107	110
3) Schmiede	100	86	106 1/2	110 1/2	—
4) Einfüllen von Farbstoff in Büchsen ohne Akkord	100	—	85,8	86,7	—
5a) Kohlenladen (Sand)	100	—	—	71,5	62,8
5b) (am Dampftram)	100	70	79	79	91,7

Aus der Tabelle ist ersichtlich, wie von Jahr zu Jahr die Arbeitsleistung sich dem Friedensstand nähert, ja bei 1. und 2. sogar darüber beträchtlich hinausgeht. Wie einzelne Zufallsmomente das Ergebnis beeinflussen, ergibt sich u. a. daraus, daß in den Betrieben 1. bis 8. hauptsächlich alterproben Arbeiter in Betrieb 4. aber viele noch nicht eingewohnte Leute beschäftigt sind.

Eine weitere Tabelle beschäftigt sich mit den Ergebnissen in einer großen Maschinenfabrik, wo namentlich der Unterschied zwischen der Betriebsintensität und Arbeitsintensität gezogen wird. Es ist da zu lesen:

Unter Betriebsintensität versteht der Gewährsmann die Stundenleistung des Betriebes, während er bei der Arbeitsintensität die Stundenleistung lediglich durch die Anzahl der unmittelbar „produktiven“ Arbeiter dividiert. Er zählt allerdings zu den produktiven Arbeitern auch die in der Werkzeugmacherei, den Prüfl- und Kontrollräumen beschäftigten

	1919	1920	1921
Betriebsintensität	100	132	135
Arbeitsintensität	100	149	154

Zu den Zahlen bemerkt das Unternehmen, daß einerseits die in die Augen springende Hebung in erheblichem Umfang aus organisatorischen Maßnahmen sich erkläre, andererseits aber die Leistung im Jahre 1921 durch verschlechterten Geschäftsgang ungünstig beeinflusst sei.

Zur Eröffnung der Deutschen Gewerbeschau.

München, 10. Mai.

Die Deutsche Gewerbeschau in München wird am Samstag, den 13. Mai eröffnet werden, voraussichtlich in Gegenwart des Reichspräsidenten, der an der Spitze des Ehrenpräsidiums der Ausstellung steht, und anderer erster Honoratoren des Reiches und Bayerns. Den Vertretern des Reichsverbandes der deutschen Presse, der vom 6. bis 8. Mai seine Jahresversammlung in München abhielt, war als ersten Gelegenheit geboten, auf einem Rundgang durch die Ausstellung zu schauen und voranzuschauen, was hier deutscher Unternehmungsgeist, deutsche Arbeit und deutsches Formgefühl zu leisten vermag. Der Vorsitzende des Pressenausschusses der Deutschen Gewerbeschau, Chefredakteur Schmidt der „Münchener Zeitung“ fand zur Begrüßung der städtischen Versammlung ein treffendes Wort: „Das große Werk muß gelingen. Ein Mißlingen wäre ein Unglück nicht nur für München, sondern auch für Deutschland. Hier soll Sachverständigen aus aller Welt gezeigt werden, wie deutscher Geist und deutscher Fleiß es verstanden haben, eine Harmonie zwischen gutem Stoff und zweckvoll schöner Form zu schaffen. Denn das ist der Sinn dieser Schau, daß hier nicht mit wahllos gehäuften Massen Eindruck erzielt werden soll, sondern daß gezeigt wird, wie deutsches Gewerbe, von der Kunst befruchtet, Werte von höchstem Wert zu erzeugen vermag. Nur auf diesem Wege ist es vielleicht möglich, den Zugang zu den großen Absatzgebieten der Welt wieder zu gewinnen.“

Wer die Geschichte der deutschen Ausstellungsunternehmungen und im Besonderen die Münchener Ausstellungen in den letzten Jahrzehnten kennt, von den Ausstellungen im Münchener Glaspalast, dem ehemaligen Weltwunder, und unten am landschaftlich prächtigen Ufer der grünen Isar bis zu den letzten, hervorragend erfolgreichen Ausstellungen in dem von der Stadt geschaffenen, ständigen und in seiner Lage und Ausgestaltung wohl einzigartigsten Ausstellungspark auf der Theresienhöhe, hinter dem Bayerischen Nationaldenkmal (1908 und 1912), der wird mit hochgeprägten Erwartungen dieses schon äußerlich bewundernswerte Ausstellungsgelände betreten. Um den ausgedehnten „Bavariapark“, der jetzt nach langem, allzulangen Winter in frischem Grün und blühender Blüte prangt, gruppieren sich neben dem köstlichen „Münchener Künstlertheater“, in dem das Nationaltheater aussergewöhnliche Vorstellungen geben wird, die ständigen Ausstellungshallen, zweckvoll vorbildliche Leistungen der deutschen

Kunst und des bis vor kurzem — leider — auch auf manchen hierfür nicht geeignete Objekte ausgedehnten deutschen „Ingenieurbaues“. Dieser architektonisch neutrale, die Form dem Zweck durchaus unterordnende Stil ist hier durch eine glückliche, ja geniale Naumeinteilung, durch den beruhigenden und nervenerquickenden Park und durch ein in vornehmem und doch gemühtlichem Wiedererweckung gehaltenes Hauptrestaurant, endlich auch durch verborgene plastische Ausgestaltung und Ergänzung mit dem Grundelement des Süddeutschen und Münchener Geistes und Lebens in schönsten Einklang gebracht. Frühlings- und Sommerabende auf den Terrassen des Hauptrestaurants und anschließende Spaziergänge durch das taghell beleuchtete wundervolle Ausstellungsgelände und Parkgelände gehören wohl auch für den, der die Welt gesehen hat, zu den gemühtlichsten Eindrücken.

Die Ausstellung ist selbstverständlich jetzt noch nicht fertig, aber doch schon, was den Rahmen anlangt, weiter gediehen, als andere große Ausstellungen mehrere Tage vor der Eröffnung. Die riesigen Räume der Ausstellungshallen bieten dem Innenarchitekten und Raumkünstler jede Möglichkeit zur Entfaltung eigener und eigenartiger Ideen, fastlichen und künstlerischen Könnens. Bernhard Pankof (Stuttgart), Bruno Paul, Theodor Fischer, Richard Niemerschmid, Rida-Mümelin, Rehner, F. A. Glab, Kreis, Wieber, Peter Behrens, Berndt u. a. Meister der Architektur und Innenausstellung bieten ihr Bestes, um die gegebenen reichen Möglichkeiten der künstlerischen Naumeinteilung und stilistischen Ausschmückung zu erschöpfen. Jetzt, da die Hallen, Säle und Höfen noch nicht mit den Ausstellungsgegenständen, sondern von Malern, Tapezierern, Bauern, Schreibern und Hunderten und Laufenden anderen Bau- und Geschäftslenten mit ihrem Rohmaterial und ihrer Arbeitsschicht erfüllt sind, läßt sich noch kein abschließendes Urteil über den Stil und Wert der einzelnen Abteilungen finden. Der Deutsche Werkbund, der 1908 gegründet, der Spiritus rector der Ausstellung ist, hat die Harmonie von Stoff und Form, den Einklang von Gegenstand und Umgebung als sein sinnvolles Ziel proklamiert. Aus den bis jetzt fertiggestellten Räumen, namentlich aus malerischen Dekorationsräumen kann man schließen, daß dieses Ziel hier in einem besonderen Stil zu erreichen gesucht wird. Der Expressionismus scheint in der sogenannten angewandten Kunst triumphieren zu wollen.

Da bin kein Freund des Expressionismus und anderer Experimente, die den Geist des Aufgeborenen um jeden Preis über den gefunden, normalen Form- und Schönheits Sinn stellen. Der Expressionismus unserer Zeit ist und bleibt

der Ausdruck einer unausgeglichenen zerrissenen, nicht immer hehlich und mit falscher Begabung über sich selbst hinausstrebenden Welt- und Lebensauffassung. Ein billiger, französischer Kritiker hat dieser Lage in der „Cinematographie française“ über einen deutschen expressionistischen Film geschrieben: „... Nichts ist einfach, unmittelbar, aufrichtig, real. Alles ist falsch, gemacht, verzerrt. Die Personen werden zu entsetzlichen Grimassen, zu satyrischen Verrenkungen gezwungen, inmitten von Dekorations, die irgendein Münchener Sübler im Delirium allzufröhlich Biergenusses geschaffen hatte.“ Von den Feinden soll man lernen. In der deutschen Gewerbeschau haben die Künstler, wie es scheint, dem expressionistischen Übergangsstil aus inneren Gründen nicht entgegen können und wollen, aber niemand braucht zu fürchten, hier jene Mühsale in die Kunst primitiver Wilder zu erleben und zu erleben, die ihn sonst in den letzten Jahren bei mancher Kunstschau je nach seinem Temperament zum Lachen, Weinen oder Fluchen gerührt haben. Wir möchten nicht unterlassen, zu bemerken, daß wir die hier entwickelten Ansichten unseres geschätzten Mitarbeiters nicht teilen, da sie sich lediglich an gewisse Auswüchse halten, das große Ganze aber in seiner entwicklungs geschichtlichen Bedeutung und in seinem ästhetischen Wert ignorieren. (Red.)

In der reichsten Haupthalle, wo Theodor Fischer, Richard Niemerschmid und Mümelin zusammenarbeiten, empfinden wir in der eigenartigen, zweckmäßigen Raumeinteilung wie in der Ausschmückung — meisterhaft ist die raffiniert, weiß-blau verkleidete Decke — eine expressionistische Gestaltungssucht, die dem Zweck des Raumes und seiner Ausschmückung, d. h. den Ausstellungen, Kellame, Plakatwerk betont, aber doch dem gesunden Geist der Baukunst und dem Sinn für eheliche Formgebung nicht Raum antut. Ob der Holzgiebelbau des Peter Behrens, die „Domhütte“ am Parstrand und Beginn des gemühtlichen Raumbaus am rechten Platz steht, muß bezweifelt werden.

Wenn einer vielleicht da und dort mit dem Geist eines ausschmückenden und bildenden Künstlers nicht ganz einverstanden ist, so kann er sich besonders in den Holzhäusern der Siedlungsanlage erholen. Hier zeigen Meister des Willens- und Holzhausbaues, voran Al. H. Mann (Ingolstadt), wie der natur- und kunstvolle und verständliche deutsche Bürger in dieser Unrast des Lebens sich das Ideal des eigenen Heimes gestaltet — wenn seine Mittel in einem erfreulichen Verhältnis zu seiner harmonischen Bildung stehen, wenn der gute Stoff ihm gestattet, eine zweckvoll schöne Form seines Lebens zu schaffen. Dr. Friedrich Mühl.

Eine weitere Anfrage erging an eine Ziegelei, die folgendes berichtet:

	I. Quartal 1914	I. Quartal 1919	I. Quartal 1920	I. Quartal 1921	I. Quartal 1922
Werkstätten	9 Mann	9 Mann	9 Mann	7 Mann	7 Mann
Werkstätten pro Mann und Stunde:					
1) absolut	800-1000 St.	800-1000 St.	800-1000 St.	1000-1200 St.	1000-1200 St.
2) relativ	100	100	100	122	122

* Anfang 1921 wurde der Betrieb durch Einbau eines Zentralkraftwerkes teilweise gestoppt.

Die Berichterstatterin bemerkt zu diesem günstigen Bild der Arbeitsintensität, daß die Arbeiter im Betrieb sehr fleißig waren, was auf die günstigen gesundheitlichen Arbeitsbedingungen zurückzuführen sei.

Nicht nur Privatsachen solche Antworten, auch von amtlicher Stelle wird daselbst berichtet. So schreibt das Reichsversicherungsministerium über die Leistungen der Werkstättenarbeiter:

Die Angaben der einzelnen Werkstätten für diese Mehrleistungen sind sehr verschieden. Es darf im Mittel angenommen werden, daß der Umfang der Arbeit um 30 Prozent größer ist als im Frieden. Es folgt daraus, daß die Arbeitsleistung des einzelnen Arbeiters im Durchschnitt den Friedenswert erreicht, in einzelnen Abteilungen die Friedensstagesarbeit überholt hat.

Kurze polit. Nachrichten.

DZ. Schließung der Daimlerwerke in Untertürkheim. Die Daimlerwerke in Untertürkheim wurden Zeitungsmitteilungen zufolge geschlossen. Der völligen Schließung gingen schwere Kämpfe vor dem Werke voraus. Die arbeitswilligen Angestellten, auch die kaufmännischen, wurden durch den kommunistischen Terror zum Teil übergraben, mißhandelt und an dem Verbleiben des Werks verhindert. Auch dritte Personen wurden arg behängt. Einem Norddeutschen wurden nicht nur buchstäblich die Kleider vom Leibe gerissen, sondern er wurde auch derart mißhandelt, daß er im Werke verbrannt werden mußte. Auch einer der bekanntesten Kennfahrer soll Schaden genommen haben.

* **Hänsch v. Hirschfeld.** Es ist berichtet worden, daß der Hänsch v. Hirschfeld, der seinerzeit ein Attentat auf Erzberger ausführte, nach Beobachtung in der psychiatrischen Klinik in Freiburg i. Br. in Abereinrichtung mit dem Strafanstaltsarzt in Offenburg nach eingehender Untersuchung für geisteskrank und nicht strafbollungsfähig erklärt worden ist. Damit ist die Strafbollstreckung unterbrochen. Die Einweisung Hirschfelds in die psychiatrische Klinik ist Anfang November d. J. veranlaßt worden. Die Klinik hat neuerdings mitgeteilt, daß von Hirschfeld aus der ärztlichen Behandlung entlassen worden ist. Daraufhin hat die Staatsanwaltschaft die Strafbollstreckung wieder eingeleitet und ersucht v. Hirschfeld für den Fall, daß er sich nicht selbst stellen sollte, zu verhaften.

Badische Uebersicht.

Badischer Landtag.

DZ. Karlsruhe, 11. Mai.

In der Nachmittags-Sitzung eröffnet Abg. Schmitt-Karlsruhe (Zentr.) die zweite Rednerreihe zum Kultus- und Unterrichtsamt. Zur Interesse des friedlichen Zusammenwirkens möge man die Frage der Rechtspflicht des Staates gegenüber der Kirche offenlassen. Ablehnung der Kulturforderungen sei keine Kirchenfreundlichkeit. Die Sprecher der Sozialdemokratie legen sich gewiß Maßigung auf; aber in andern Parlamenten, z. B. Thüringen, wo sie die Mehrheit hat, verhalten sie sich anders. Aber die interkonfessionellen Beziehungen in Baden könne nur Eintracht gefagt werden. Es komme ganz auf die Persönlichkeit an. Keine Institution sei mehr in der Lage, die Menschen zu bessern, als die Kirche. Wäken wir nur auf das Wirken der Ordensschwester. Was das Verhältnis von Staat und Kirche betreffe, so sei an die Spitze zu stellen: Verständigung und Einigung. Beide brauchen einander. Wir danken für die Berücksichtigung staatlicher Mittel für die Aufbesserung der Geistlichen. Die Tätigkeit der Geistlichkeit an der Front und dahinter wurde von allen Parteien anerkannt. Nur das stellvertretende Generalkonkordat mache eine Ausnahme. — Redner legt dann die Gründe für die Verpflichtung des Staates zur Dotierung der Pfarrpfründen dar. Das Zentrum könne sich mit dem Offenlassen der Rechtsfrage umfomehr abfinden, als der Kirche die Anrufung der Gerichte möglich ist. Im übrigen dürfe nicht außer Acht gelassen werden, daß Konkordate völlerrechtliche Verträge sind.

Abg. Weiskamm (Soz.): Mit der Sozialdemokratie läßt sich sehr wohl Schulpolitik treiben. Dafür zeugt der sozialistische Lehrertag in Hamburg, der von 120 Delegierten besucht war. Die große Aufgabe des Ministeriums erbelt aus folgenden Zahlen: 10 000 Lehrer und Lehrerinnen, 800 000 Volksschüler und über 40 000 Mittelschüler. Es sind zu wenig Beamte im Ministerium vorhanden, dessen Arbeit unseren vollen Beifall findet. Redner will der Zeitungslunde einen Platz an den Universitäten eingeräumt wissen im Hinblick auf die hohe Bedeutung der Presse.

In der Lesefrage fordert die Sozialdemokratie, daß es den gegenwärtigen Verhältnissen Rechnung trägt. Was wir am alten Lebensbild belämpfen, war seine bnahtische und kriegerisch-gesellschaftliche Einstellung. Rom Abg. Ritter hätte er über die Kindererziehung gern etwas Neues gehört. Der Abg. Bod. der sich zurzeit in Moskau befindet, würde gewiß eine andere Schulrede gehalten haben. Die Kindererziehung in Rußland geht in der Tat andere Wege. Wie lange wollen Sie (zum Abg. Ritter) noch warten, bis die „verlotterte“ Gesellschaft abgewirkt hat? (Heiterkeit.) Nur die Reformarbeit kann uns vorwärts bringen. Das Interesse für die Elternbeiträge und damit die Annäherung von Schule und Haus muß gefördert werden. Es ist nicht gut, wenn dahinter über den Lehrer geschimpft wird. Nach wie vor müssen auch die unteren Schichten die Möglichkeit zum Lehrerberuf haben. Redner schließt: unsere ganze Kraft gehört der Schule!

Abg. Mäger (Zentr.) ist für unbedingte Freiheit des Fortschritts, was nicht im Gegensatz zum Gottesglauben stehe. Redner fährt fort: Unsere Professoren besitzen erfreulicherweise Verständnis für die sozialen und staatsbürgerlichen Aufgaben. Die Körper dagegen schließen sich kastenmäßig ab und den Vorkursen ist der Geist ihrer Geburtsstunden verloren gegangen. Den Gedanken des Aufstiegs der Begabten stehen wir sympathisch gegenüber; es muß aber eine sorgfältige Auswahl getroffen werden. An der Freiburger Universität fehlt eine zweite Professur für Moral. Das Mißschleppen unfähiger Schüler in den höheren Schulen muß verhindert werden. Der Turnunterricht erfreicht größere Beachtung. Auf dem Gebiete des Spiels und Sports sind wir dabei, maßlos zu überreiben. Mit der Wettfaherei Hand in Hand geht eine innere

und äußere Verrohung. Solche Auswüchse müssen wir uns verbitten, zumal sich viele Kreise, speziell die Eltern, bitter darüber beklagen. Mehr Raum in unseren Schulhöfen verbiete der Gedanke der Heimatliebe. Dantbar erinnere man sich auch der auf dem Gymnasium verbrachten Zeit und es müsse alles zu seiner Erhaltung geschehen. Auch die Realanstalten hätten Gutes geleistet. Die Aufbauschule werde vom Zentrum begrüßt; sie eröffne auch Leuten vom Land den Weg zum Hochschulstudium. Redner empfiehlt eine Änderung im Lehrplan der bisherigen Mädchenschulen, die Rücksicht auf die Berufsbildung nimmt. Er befürwortet die Eingabe des Philologenvereins und vertritt die Interessen der Zeichen- und Musiklehrer. Ein gewaltiges Stück praktischer Arbeit werde an den Handels- und Gewerbeschulen geleistet. Für die Volksschulabteilung sei eine dauernde Ministerialratsstelle zu fordern. Die Durchführung des Religionsunterrichts müsse im Schulgesetz gewährleistet bleiben.

Abg. Marum (Soz.): Wir stehen der Kirche nicht feindlich, sondern neutral gegenüber, wenn wir uns bezüglich der Kultusforderungen der Stimme enthalten. Die Rechtsfrage zu entscheiden, ist heute gar nicht die Zeit. Zu den Hochschulen übergehend, bemerkt Redner, der Artikel des Professors Rantowicz in den „Weseler Nachrichten“ habe sich durchaus im Rahmen des Zulässigen bewegt. Die einstimmig gefasste Entschließung des Senats bedeute eine Einmischung in die politischen Rechte, die aufs schärfste zurückgewiesen werden muß. Besser sei Professor v. Below vom Senat behandelt worden, der gegen ihn auch nicht eingeschritten sei, als er in dem gleichen Schweizer Blatte gehässige Angriffe gegen die Reichsregierung richtete, aber nicht so sehr die Personen kommen für uns in Frage, sondern es stehen sich zwei Weltanschauungen gegenüber. Es scheint, daß man sich an den Universitäten gegen die Republikaner verschworen hat und sie nicht emporkommen lassen will. Wäken wir uns nicht schämen, daß der Schöpfer der deutschen Verfassung, W. v. Schönerer, an einer Universität keinen Respekt erhalten kann und sich Professor Schöndörfer vor dem Terror der Würburger Studenten an die Berliner Handelshochschule flüchten mußte? Eine Clique von Professoren hat immer noch die Macht in der Hand. Das kommt von der Autonomie der Universitäten, diesem Pflanzlin „Nähr mich nicht an“. Denken wir daran, daß auf der Hochschule unsere Lehrer und künftigen Staatsbeamten herangebildet werden und wir ein dringendes Interesse daran haben, daß diese im Geiste der Zeit erzogen werden. Redner fordert schließlich Hebung der sozialen Lage der Professoren und Assistenten und gibt zu, daß heute an den Universitäten mehr denn je gearbeitet werde. Wir sehen aber immer noch Studenten, die prosten, während ein großer Teil mit wirtschaftlicher Not kämpfen muß.

Abg. Frau Niegel (Zentr.) beipflichtet schultechnische Fragen. Sie will nicht die Wahl, sondern die Erneuerung der Schulvorsteher und Oberlehrer. Die Rednerin verbreitet sich dann über die weibliche Berufsausbildung, bezugnehmend auf die Abg. Frau Richter (Dnt.), nachdem sie in Kürze den Standpunkt ihrer Fraktion zum Reichsschulgesetz gekennzeichnet hatte.

Nach einigen Bemerkungen des Ministers findet die Generaldebatte ihren Abschluß.

Freitag vormittag: Spezialberatung. Schluß gegen halb 9 Uhr.

Karlsruhe, 12. Mai.

DZ. Bei der Spezialberatung des Staats für Kultus und Unterricht wurden nach Ausführungen der Abg. Glöckner (Dem.) und Schmitt-Karlsruhe (Z.) eine Reihe von Positionen ohne Debatte gutgeheßen. In der fortgesetzten Debatte wurde das ganze Unterrichtsgebiet von einer großen Anzahl von Rednern berührt. Eine besonders lebhafte Debatte knipfte sich an den Titel 4 (Volksschulen). Bei Redaktionschluß lag uns der weitere Sitzungsbericht noch nicht vor.

DZ. Im Landtag hat das Zentrum folgenden Antrag eingebracht: Der Landtag wolle beschließen, 1. daß die Regierung im Reichsrat dafür einträte, daß die **Bekanntmachung im Reichsschulgesetz** nicht hinter die Simultanschule oder weltliche Schule zurückgesetzt werde; 2. daß die Regierung unter dieser Voraussetzung der **Sonderbestimmung des § 15 des Reichsschulgesetzes** ihre Zustimmung geben könne.

Mannheimer Handelshochschulkonferenz.

Mannheim, 11. Mai.

Vom 27.—29. April fand auf Einladung Mannheims als des derzeitigen Vororts der deutschen Handels-Hochschulen, hierseits eine **Handelshochschulkonferenz** statt. Die Konferenz war von sämtlichen in Betracht kommenden Handelshochschulen, Berlin, Königsberg, Leipzig, Mannheim, München, Nürnberg, besetzt. Die beiden aus früheren Handelshochschulen entstandenen wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultäten von **Wien** und **Frankfurt** hatten ihre Delegationen und je zwei weitere Mitglieder entsandt. Auch die **Technische Hochschule München** war vertreten.

Unter den Beratungskommissionen war der wichtigste die Frage der **Verlängerung des bisher mindestens vier Semester dauernden Studiums auf sechs Semester**.

Die Handelshochschulen sind, wie ja in der Öffentlichkeit im Zusammenhang mit der Verfassungsreform unserer Hochschule und der Annahme des Unterzeichens „Wirtschaftshochschule“ zum behaltenden bewährten Namen Handelshochschule mehrfach erörtert worden ist, in der Tat allmählich zu vollen Wirtschaftshochschulen ausgewachsen. Im Gegenstand ihrer Pflege in Forschung und Lehre die Wirtschaft in ihrem gesamten Umfang und in allen Beziehungen, so sind es die Wirtschaftswissenschaften, die die Kernfächer des Lehrbetriebes der Handelshochschulen bilden, nämlich Privatwirtschaftslehre (Betriebswirtschaftslehre), Volkswirtschaftslehre und Rechtslehre, letztere namentlich als Lehre vom Wirtschaftsrecht. Während dabei der Lehrbetrieb der staatswissenschaftlichen Fakultäten der Universitäten die Wirtschaft in erster Linie vom Standpunkte der **Volkswirtschaft** und der Gesamtheit aus betrachtet, ragt an der Handelshochschule (und den sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten) unter den genannten drei Kernfächern hervor die **Privatwirtschaftslehre** (deren Vertreter sind freilich immer entschiedener gegen die Orientierung ihrer Disziplin bloß auf den **Nutzen des Eigeninteresses** der einzelnen Unternehmung oder gar des Unternehmers wehren). Während sich an den reinen Universitäten bislang nur vereinzelte Lehrstühle der Privatwirtschaftslehre finden, besetzt die Privatwirtschaftslehre an den Handelshochschulen (und den erwähnten Fakultäten) an Zahl der Lehrstühle und Lehrkräfte von keinem anderen Fach, auch staatsf., Betroffenen, längst nicht immer erreicht zu werden. Die junge Disziplin hat sich im laufenden Jahrhundert — trotzdem ihre Grenzen gegenüber der Volkswirtschaftslehre noch durchaus schwanken — inhaltlich und methodisch kräftig ausgebildet. Die Rechtslehre an den Handelshochschulen zeigt teilweise schon eine eigene, doch wohl recht wohlthätige und auch ziemlich verheißungsvolle Tendenz zu einer sachlichen Betrachtung und Vortragweise, des Rechts, die die Realien des Rechts als ebenbürtig neben den sie regeln helfenden Normen und im festen Zusammenhänge mit ihnen in ihren Bereich zieht. Die Realien aber

der in der Rechtslehre an den Handelshochschulen bevorzugten Rechtspartien Bürgerliches und Handelsrecht und vom öffentlichen Recht — neben der Verfassung — neuerlich namentlich Steuerrecht) bestehen wieder in nichts anderem als in der Wirtschaft, der Wirtschaft in ihrem Zusammenhänge mit und ihrer Abhängigkeit von den geltenden Rechtsnormen.

Um diese Kernfächer hat sich, bei mannigfacher Verschiedenheit im einzelnen, doch bei allen voll ausgestalteten Handelshochschulen ein bunter Kranz weiterer Fächer gelegt. Es sind dies, außer Fächern ganz allgemeiner Art, wie Philosophie, Pädagogik, Psychologie und Soziologie, einerseits solche Fächer, die nur mit einem Teilbereich ihres Gesamtgebietes nach der Wirtschaft hin gerichtet sind, wie Technologie oder Barentunde, (Wirtschafts-)Geographie und auch Fremdsprachen, in deren Pflege zugleich die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Hauptnabarn Deutschlands mitberücksichtigt werden. Andererseits sind es wichtige, in sich mehr oder weniger geschlossene Sondergebiete der Wirtschaft, wie Genossenschaftswesen, und Versicherungslehre. Unsere Mannheimer Hochschule, die (außer Soziologie) diese Gebiete alle bereits beadedt, hat in der Verkehrswissenschaft noch eine eigene Spezialität.

Die Entwicklung all dieser in den weiten und elastischen Rahmen einer Handelshochschule eingeschramten Fächer und damit das eigene organische Wachstum des freischen Lebensvollen Körpers der deutschen Handelshochschulen haben schon in den letzten Jahren die Beschränkung des mit dem kaufmännischen Diplomexamen abschließbaren normalen Studiums auf 4 Semester als allzu knapp und allzu beengend erwiesen.

Gerade an dem strebsamen Handelshochschulstudenten zerrt heute allzusehr die Anforderung recht verschiedener Lehr- und Prüfungsfächer. Wenn auch die Diplomexamina schon bei der bisherigen kürzeren Studiendauer durchschnittlich ein recht ansehnliches Maß an tüchtigem wirtschaftlichen Wissen und auch Können vermitteln, so ist doch wohl außer Zweifel, daß namentlich für die vollakademische Ausbildung von zu höhererstellungen im Wirtschaftsleben berufenen Persönlichkeiten, wie sie ein wichtiges Ausbildungsziel der Handelshochschule darstellt, mindestens ein sechsemestriges Studium nötig ist, einerseits um Maße zu geben und die Fähigkeit zu steigern zu wissenschaftlicher und methodischer Stoffdurchdringung und -beherrschung, andererseits um das Handwerkszeug bilanztechnischer und verwandter Fertigkeiten verwendungsbereit dem Handelshochschulabsolvent auszubändigen.

Da nach meiner Meinung die vollausgebautete Handelshochschule von der Art der hiesigen (namentlich das Fehlen eines öffentlich-rechtlichen Lehrstuhles ist bei uns eine schmerzhafte Lücke, während wir mit Privatrechtlern besser besetzt sind als andere Handelshochschulen) im wesentlichen ohne Ausbau ihrer bisherigen Einrichtungen einem sechsemestrigem Studium zu genügen vermag, ja dann erst ihre namentlich in den Seminararbeiten und in der Institutsarbeit liegenden Möglichkeiten voll auszunutzen vermag, so scheint alles für einen solchen Ausbau zu sprechen.

Nur ein gewichtiges Bedenken läßt sich dagegen geltend machen: Die Verlängerung des ohnehin heute sehr kostspielig gewordenen Studiums erhöht natürlich die Gesamtstudienkosten beträchtlich. Wenngleich sich hieraus begründete Befürchtungen für die Erhaltung einer befriedigenden Frequenz der Handelshochschulen vermutlich nicht herleiten lassen — die längere Anwesenheit der Studierenden an der Hochschule dürfte den etwaigen Ausfall an Zahl ausgleichen —, so würde doch in Zukunft manch einer dem Studium ferne bleiben, der zwar vier Semester mit seinen Mitteln und Kräften durchzuhalten vermöchte, aber vor einer Studiendauer von sechs Semestern verzagte.

Die von unserer Konferenz einhellig beschlossene Lösung dieser für die Zukunft der Handelshochschulen direkt lebenswichtigen, für die Pflege der Wirtschaftswissenschaften und für die hochschulgerechte Erziehung unseres kaufmännischen Nachwuchses auch sehr wichtigen Frage dürfte in ihrer vermittelnden und ausgleichenden Tendenz alleseitige Billigung finden können:

Die Dauer des mit dem kaufmännischen Diplom — dieser Name bleibt also — abzuschließenden Studiums beträgt in Zukunft mindestens sechs Semester. Doch ist es den einzelnen Hochschulen gestattet, auch schon nach vier Semestern ein fakultatives (d. h. keine obligatorische Vorstufe des kaufmännischen Diploms darstellendes) Vorexamen einzuführen.

Es bleibt also auch in Zukunft der Weg offen für ein nach vier Semestern mit einer Prüfung abschließbares Handelshochschulstudium, mag auch diese Prüfung im Verhältnis zur Normalprüfung nach sechs Semestern keinen selbständigen Charakter haben und mag entsprechend auch das über diese Vorprüfung auszufellende Zeugnis keinerlei „Diplom“-Qualität besitzen dürfen.

Die große Mehrzahl der Mannheimer Hochschullehrer ist für diese vermittelnde Lösung eingetreten, die dem gerade auch bei uns stark empfundenen Bedürfnis nach einem immerhin mit einem zusammenfassenden Zeugnis abschließbaren Kurzstudium (oder einem gleichwertigen, die Nachmittags- und Abenddarbietungen nach und nach voll auszunutzen mehrsemestrigem Langstudium) Rechnung trägt.

So erweist sich die hier beschlossene Neuregelung in ihrer Gesamtheit als erwachsen und voll verständlich aus den Lebensnotwendigkeiten der Handelshochschulen, wenn man diese Lebensnotwendigkeiten in Einklang hält mit der anderen Notwendigkeit, gerade auch in einer Zeit wirtschaftlicher Bedrängnis auch solchen Volksgenossen einen Hochschulbesuch mit einem ausgewiesenen Abschluß weiterhin offen zu halten, die sechs Semester zu studieren nicht in der Lage sind.

Von längst nicht derselben Bedeutung, aber gewiß nicht unerheblich ist es, daß nach dieser „Hebung“ des Normalstudiums der Typus der Handelshochschulen dem Typus der älteren Hochschulen recht viel näher gekommen ist. Wenn in Verfolg des schwebenden Planes einer „Hebung“ des Doktors der Staatswissenschaften an den Universitäten unter anderem die obligatorische Einschließung eines **vollwirtschaftlichen Diplomexamens** nach sechs Semestern als Vorexamen vor dem Doktor-Wirtschaftlichkeit werden wird, so darf alsdann nach Meinung der Mannheimer Konferenz keinerlei Hindernis bestehen, dies **neue kaufmännische Diplomexamen** der Handelshochschulen nach sechs Semestern, wegen dessen sachlicher Vertiefung und Verbesserung von der Konferenz ganz bestimmte Vorschläge aufgestellt worden sind, als dem einzuführenden vollwirtschaftlichen Diplomexamen der Universitäten **gleichwertig** anzuerkennen, mit der Wirkung, daß der Weg zum Doktor der Staatswissenschaften gerade so schnell und gerade so lang wie über den Diplomvolkswirt auch über den Diplomkaufmann führen kann.

Auch solche Führer des heutigen Wirtschaftslebens, die das Streben nach dem Doktor für spätere Ränner der Wirtschaft sachlich nicht billigen, werden den oben skizzierten Gesamtaufbau des wirtschaftswissenschaftlichen Studiums, wenn er dieser Skizze gemäß ausgeführt werden wird, begräßen können: Der erst nach 8 Semestern zu erlangende staatswissenschaftliche Doktor wird vermuthlich in demselben Umfang seltener werden als bisher, wie seine Erlangung als Folge des verlängerten Studiums kostspieliger und die nachweisende wissenschaftliche Leistung wertvoller werden wird. Andererseits aber werden die verschiedenen Arten eines nach mindestens sechs Semestern zu erlangenden wirtschaftlichen Diplomexamens Leute in das wirtschaftliche Leben entlassen, die bez-

